

Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation. Kolloquium zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Dieter Langewiesche

Veranstalter: Sonderforschungsbereich 923 „Bedrohte Ordnungen“ und Seminar für Neuere Geschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Datum, Ort: 14.02.2013–16.02.2013, Tübingen

Bericht von: Sara Sophie Stern, Fachbereich Geschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Die Trias historischer Deutungsmuster von Revolution, Krieg und Nation ist eng verbunden mit dem Namen Dieter Langewiesche. Sie war Thema eines Kolloquiums zu Ehren seines 70. Geburtstages. Der Dreiklang fasst modernisierungstheoretische Ansätze zusammen, mit denen der Wandel der alteuropäischen Gesellschaft hin zu den Staatsnationen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts charakterisiert wird und erklärt, wie im sogenannten „Age of Revolutions“ der Nationalstaat zu der Legitimationsgrundlage wurde, die Partizipation immer größerer Gruppen im Innern durch starke Abgrenzung nach außen ermöglichte. Die Referent/innen näherten sich der Begriffstrias, die im west- und mitteleuropäischen Kontext entstanden war, über Beispiele aus nord- und westeuropäischen Randregionen, Ost- und Südosteuropa sowie Nord- und Südamerika an. Zwei Zeiträume standen im Mittelpunkt: Das klassische Revolutionszeitalter um 1800 und die Phase erneuter territorialer und politischer Wandlungsprozesse um den Ersten Weltkrieg. So sollten anhand neuer Beispiele die Übertragbarkeit des Deutungsmusters Krieg – Revolution – Nation getestet und seine Grenzen ausgelotet werden. Dabei ging es den Organisatoren nicht nur um das Wechseln des von Langewiesche selbst oft bemühten Chladeniuschen Sehepunktes, sondern auch um den Dialog zwischen verschiedenen Wissenschaftlergenerationen.

Durchaus in diesem Sinne eröffnete JÜRGEN OSTERHAMMEL (Konstanz) das Kolloquium mit einer Key Note Lecture, in der er eine Erweiterung des Dreiklangs von Krieg, Revolution und Nation um den Begriff des Bürgerkriegs forderte. Gleichzeitig plädierte

er dafür, das Phänomen Bürgerkrieg nicht nur politologisch, sondern auch historisch genauer zu fassen und begrifflich von den in der Geschichtswissenschaft bereits gut untersuchten Phänomenen Krieg und Revolution abzugrenzen. Dabei machte er an unterschiedlichsten Beispielen auf einer langen Zeitachse und im weiten Raum der Globalgeschichte deutlich, wie Bürgerkriege seit dem 17. Jahrhundert immer häufiger auftraten und heute zur zahlenmäßig vorherrschenden Form des länger andauernden bewaffneten Konflikts geworden sind. Obwohl man ihn als eine Spielart des Krieges und mögliche Folge von Revolutionen bezeichnen könne, sei der Bürgerkrieg eine Verfallerscheinung, die der Geburt von Staat und Nation ebenso diametral entgegen stehe wie einer optimistischen Fortschrittsgeschichte, in deren Tradition die historische Bewertung von Revolutionen angesiedelt sei. Während Revolution auch heute noch als heroisches Ziel gelte und im Krieg immer klare Zuschreibungen von Freund und Feind auszumachen seien, zeige der Bürgerkrieg den „Urschrecken des Zerstörens aller Politik“ und sei somit „die Anomie schlechthin“. Exzessive Gewalt sei ein unabdingbarer Bestandteil von Bürgerkriegen. Das grundsätzlich Andere an ihnen sei die „endogene Desintegration“. Trotz der Forderung nach präziser begrifflicher Sezierarbeit beschrieb Osterhammel auch – wiederum anhand mannigfaltiger Beispiele aus dem Reservoir der Globalgeschichte – wie verschränkt die Phänomene Krieg, Revolution und Bürgerkrieg in Wirklichkeit seien und in welcher zeitlichen Verdichtung hier komplizierte Antagonismen zutage treten können. Die solchen Ereignissen folgende Bemühung um Staatenbildung und die Wiederherstellung politischer und sozialer Ordnung hat – wie Osterhammel schließlich zeigen konnte – sehr unterschiedliche Gesichter.

Die Vorträge im ersten Teil des Kolloquiums beschäftigten sich mit der Zeit um 1800. In Vertretung von UTE PLANERT (Toronto) stellte die Moderatorin der Sektion, SYLVIA PALETSCHEK (Freiburg), die Leitfragen des Kolloquiums einführend dar.

Der Soziologe WOLFGANG KNÖBL (Göttingen) beschäftigte sich mit dem Thema der US-amerikanischen Staatenbildung nach der

Unabhängigkeit. Dabei machte er die politikökonomischen Aspekte von Revolution, Krieg und Nation stark. In den amerikanischen Unabhängigkeitskriegen sei es weniger um Demokratisierung und Nationalisierung als vielmehr um die Rechte der sehr heterogenen Einzelstaaten und ihrer weißen Bevölkerungsschichten gegangen. Die dezentrale politische Struktur des britischen Empires habe nach der Unabhängigkeit weiter bestanden. In der ungewissen Nachkriegszeit sei die Forderung nach Zentralisierung vor allem ökonomischer Natur gewesen und die Konflikte zwischen den Einzelstaaten hätten sich verschärft. Die US-Verfassung sei demzufolge ein nicht-öffentlicher Konvent der Eliten geworden, bei dessen Bildung der Begriff der Nation explizit vermieden worden sei, da dieser zu sehr mit der britischen Kolonialmacht in Verbindung gestanden habe. So sei zwar kein starker Nationalstaat nach westeuropäischem Vorbild entstanden, wohl aber habe sich ein funktionierendes Staatswesen entwickelt, das sich vor allem an seiner gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur und Marktwirtschaft erkennen lasse. Dieser Modernisierungsschub sei aus dem revolutionären Potential der Unabhängigkeitskriege hervorgegangen.

Auch in Europa, so leitete HORST CARL (Gießen) seinen Vortrag ein, seien die Staaten bis ins 19. Jahrhundert hinein dezentral organisiert und die Nation eher eine Haftungsgemeinschaft gewesen. Die Annahme eines teleologischen Entwicklungsprozesses hin zum Nationalstaat sei zu hinterfragen. Der Dreiklang von Revolution, Krieg und Nation funktioniere weder für sein belgisches noch für sein niederländisches Beispiel: viel Krieg und ziemlich viel Revolution habe mitsichten zu starker Nationalisierung geführt. Selbst Befreiungskriege seien keine notwendige Bedingung für Nationsbildung. Um 1800 hätten sich zwar in den belgischen und niederländischen Territorien soziale Bewegungen mit nationalen Argumenten gebildet. Doch die Nationalstaatsgründungen scheiterten. Zentralstaatliche Modernisierungsschübe seien von der napoleonischen Besatzungsmacht ausgelöst, die Revolution gewissermaßen importiert worden. Nach der französischen Niederlage sei eine erneute Revolution ausgeblie-

ben. Nationale Ursprungsmythen hätten daher nicht konstruiert werden können. Stattdessen hätten sich konfessionelle und soziale Milieus verfestigt.

Für den lateinamerikanischen Fall konnte STEFAN RINKE (Berlin) an Knöbels Ausführungen zur nordamerikanischen Situation anknüpfen. Auch hier hätten Unsicherheiten und Elemente des Alten die Problemlagen nach den Unabhängigkeitserklärungen bestimmt. Es seien Räume begrenzter Staatlichkeit entstanden und die Frage nach der neuen Ordnung sei umstritten geblieben. Zwar seien flächendeckend freie Wahlen eingeführt worden, durch die sich selbst gewaltsam an die Macht kommende Caudillos nachträglich legitimieren ließen, und es hätten sich Parteien und Verfassungen gebildet. Diese wären aber exklusiv geblieben und hätten viel Raum für Notstandsgesetze und Belagerungszustände geboten. Auf die Befreiung wären Instabilität und Kriege um die politische Macht gefolgt. Die Gewalt, die sich während der Revolution gegen die europäischen Machthaber gerichtet hätte, sei nun internalisiert worden. Durch den Zusammenbruch der kolonialen Infrastruktur sei die Ausübung staatlicher Herrschaft zusätzlich erschwert worden, was lokale Aushandlungsprozesse um neue Formen des Regierens zur Folge gehabt hätte. Durch die postrevolutionäre Desintegration und Destabilisierung sei die Durchsetzung von Nationalstaaten gescheitert. Geblieben sei allerdings die Politisierung der Bevölkerung und das Versprechen der Revolution von Freiheit und Gleichheit.

Ganz ähnlich beschrieb WOLFGANG GABBERT (Hannover) die Situation in Mexiko. Auch an diesem Fall wurde deutlich, dass der Begriff Revolution zwar gebraucht wurde, es aber nicht zu tatsächlicher Demokratisierung kam. Außerdem schien auch hier – wie Jörg Baberowski treffend anmerkte – die Nation nicht die geeignete Organisationsform zu sein, anhand derer sich Staatsbildung vollzog. Stattdessen ging Befreiungskrieg Hand in Hand mit Bürgerkrieg. Der Staat verlor, so Gabbert, seine Position als unabhängige Instanz, da die Machthaber immer einer Partei angehörten, die zuvor von einer anderen bekämpft worden war. Gewalt und „inhärente Instabilität“ bestimmten

auch hier die sozialen Beziehungen. Trotzdem zeigte das Beispiel Mexikos, dass das Versprechen der Revolution um 1800 weite Bevölkerungsschichten ergriffen hatte – auch wenn die Umsetzung im Einzelnen zunächst gescheitert war.

Der zweite Teil des Kolloquiums befasste sich mit Beispielen aus der Zeit um den Ersten Weltkrieg und wurde von FRIEDRICH LENGER (Gießen) und CORNELIA RAUH (Hannover) moderiert.

Nachdem die Wirkmächtigkeit des Deutungsmusters Nation im ersten Teil immer wieder in Frage gestellt worden war, konzentrierte sich MALTE ROLF (Bamberg) in seinem Vortrag auf den Wandel von Nationsbildern im russischen Reich rund um das revolutionäre Jahr 1905. Er stellte für dieses Jahr eine klare Zäsur fest. Die Revolution sei Katalysator eines aggressiven Nationalismus gewesen. Während der Revolution wurden demzufolge „alte Durchlässigkeiten in den nationalen Trennlinien geschlossen“ und kulturelle Assimilationsmöglichkeiten negiert: die Herkunft begann über nationale Zugehörigkeiten zu bestimmen. Allerdings habe sich trotzdem an den multiethnischen Realitäten im russischen Reich zunächst nicht viel geändert, da die adligen Eliten die alte Ordnung in der russischen Zentrale noch erfolgreich verteidigen konnten. Und doch sei das mentale Rüstzeug für die Nationsbildung 1917/18 in der Revolution von 1905 entwickelt worden, indem sich das Nationsbild von einem inklusiven zu einem exklusiven gewandelt habe.

Auch MARIE-JANINE CALIC (München) sprach vom Wandel eines inklusiven hin zu einem exklusiven Nationalismus. Beide Formen hätten in Südosteuropa seit den 1830er-Jahren nebeneinander existiert: ein sogenannter Kroatismus und der südslawische Jugoslawismus. Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich zunächst letzterer durchgesetzt, der sich mit dem serbischen Nationalismus vereinigt und die Gründung des jugoslawischen Staates zur Folge gehabt habe. Zusätzliche Faktoren, die zur Staatsgründung führten, sah Calic in der Reformunfähigkeit und schließlich Kriegsniederlage Österreich-Ungarns und in den machtpolitischen Interessen der Siegermächte. Allerdings betonte sie, dass das neue Jugoslawien kein künstliches, in Versailles kon-

struiertes Gebilde war, obwohl die Durchsetzung einer gemeinsamen südslawischen Nation letztendlich gescheitert sei. Die anschließende Diskussion drehte sich um die Frage nach der historischen Messbarkeit staatlicher Strukturdefekte und der Dissonanz zwischen einer angeblichen Reformunfähigkeit des Habsburgerreiches und seiner funktionierenden Infrastruktur, die mit der Kriegsniederlage zusammenbrach und die Entwicklung der neugegründeten Staaten massiv erschweren musste.

Vom südöstlichen Europa führte der Beitrag von CHRISTOPH JAHR (Düsseldorf/Berlin) in dessen nordwestliche Hemisphäre. In Irland sei der Dreiklang von Revolution, Krieg und Nation ein zwingendes Deutungsmuster gewesen. Dennoch führte auch Jahr Argumente ins Feld, die die Reichweite der Trias hinterfragten: Eine irische Revolution sei seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zwar immer wieder Thema gewesen, der sich seit dieser Zeit abzeichnende soziale Wandel müsse jedoch eher als Evolution denn als Revolution bezeichnet werden. Auch die Frage nach einem zum nationalen Gründungsmythos taugenden Befreiungskrieg sei nicht so einfach zu beantworten. Krieg stelle sich im irischen Kontext vielmehr als komplizierte Verbindung unterschiedlicher Gewaltformen und (para)militärischer Verbände dar. Auch hätten mehrere sich überlagernde Nationalismen nebeneinander existiert. Der Erste Weltkrieg habe diese Tendenzen radikalisiert und schließlich zur Bildung eines irischen Parlamentes geführt. Die eigentliche Bildung einer einheitlichen irischen Nation habe damit jedoch allenfalls erst begonnen. Zudem betonte Jahr die Bedeutung komplizierter Verflechtungen innerhalb des britischen Imperiums und deutete an, dass die Zeitgenossen eventuell eher in regionalen als in nationalen Kategorien gedacht haben könnten.

Dass die Vorstellung, die Geburt von Staat und Nation vollzöge sich im Angesicht von Krieg und Revolution, im Einzelfall problematisch sei, bestätigte auch STEFAN PLAGGENBORG (Bochum). Er hinterfragte das bis heute weit verbreitete Deutungsmuster, nachdem ein stetiger Revolutionsprozess im Rahmen der Entstehung der modernen Türkei

schließlich im Kemalismus gemündet sei. Er konnte zeigen, dass der historische Ort der Revolution auch im alten osmanischen Reich schwierig zu bestimmen ist. Vielmehr müsse von einem elitären Coup d'État gesprochen werden. Die sich bildende Nationalversammlung bezeichnete er ob ihrer mangelnden Repräsentationsfähigkeit als Phantom. Auch wenn sich der türkische Nationalismus unter Mustafa Kemal Atatürk durchgesetzt habe, sei die Gesellschaft noch lange zwischen religiös pluralistischem Osmanismus, ethnisch diversem Islamismus und Kemalismus gespalten gewesen. Auch der Krieg habe im osmanischen Reich seit 1912 äußerst unterschiedliche Gestalten angenommen: Unabhängigkeitskriege, Bürgerkriege und ethnische Säuberungen hätten sich mit dem Aufbruch bewaffneter Banden und nationaler Gruppen verschränkt. Schließlich sei die Nationsbildung von oben mithilfe massiver Gewaltanwendung gegen alle nichttürkophonen Bevölkerungsteile durchgesetzt worden.

Wie als Machttechnik angewandte Gewalt Revolution und Staatswerdung schonungslos erzwingen kann, zeigte schließlich JÖRG BABEROWSKI (Berlin) am Beispiel nomadisch geprägter Regionen an der asiatischen Peripherie der Sowjetunion. Die Revolution von unten sei hier ausgeblieben und die nomadischen Bewohner hätten bis 1917 – wenn überhaupt – nur schlechte Erfahrungen mit dem Staat gemacht. Die Frage, wie nun ein neuer sozialistischer Staat eine entlegene und staatlich schwer zu durchdringende Region wie Kasachstan erreichen sollte, beantwortete Baberowski eindeutig: mit strategisch eingesetzter despotischer Gewalt. In einem ersten Schritt hätten die stalinistischen Bolschewiki in den 1920er-Jahren regionale Institutionen indigenisiert, um „den Staat ins Dorf und die Nation in die Köpfe zu bekommen“ – wobei der Rückgriff auf die Nation einzig und allein Mittel zum Zweck geblieben sei und exemplarisch angewandte Gewaltexzesse jede Art von Widerspruch unmöglich gemacht habe. In einem zweiten Schritt sei die nomadische Bevölkerung in den 1930er-Jahren mithilfe ihrer eigenen Institutionen zur Sesshaftwerdung gezwungen worden. Dass dies einer regionalen Nationalisierung entgegenliefe, musste, wie der Referent am Beispiel Kasachs-

tans anschaulich zeigen konnte, die Machthaber wenig stören, da die Despotie schließlich ausreichte, um das sowjetische Vielvölkerreich zu regieren.

Ob der Dreiklang von Revolution, Krieg und Nation nun revidiert werden müsse oder ob das Deutungsmuster weiterhin im Trend der Geschichtsschreibung liege, fragte EWALD FRIE (Tübingen) schließlich in seiner Funktion als Moderator der Schlussdiskussion.

DIETER LANGEWIESCHE (Tübingen) bedankte sich in seinem Kommentar für die kritische und aufschlussreiche Hinterfragung des Dreiklangs Revolution – Krieg – Nation. Dennoch war er der Meinung, es sei (noch) nicht gelungen, „Trennwände zwischen den Begriffen Krieg, Revolution und Nation zu errichten“. Die Nation sei, wie die vorangegangenen Beiträge ein weiteres Mal deutlich gemacht hätten, „Ressourcengemeinschaft und Machtmaschine“, die sich mit unterschiedlichen Staatsformen arrangieren könne, wobei der Prozess der Nationalisierung im seltensten Fall bereits durch die Staatsbildung abgeschlossen wäre. Ganz im Sinne staatlicher Effizienzsteigerung ermögliche der Rückgriff auf die Nation selbst in der Despotie Inklusions- und Exklusionsprozesse und gewaltsame Machtdemonstration nach innen wie nach außen.

Die Erweiterung der Untersuchungsräume hatte deutlich gezeigt, dass neben der Trias Revolution – Krieg – Nation zur Beschreibung des Übergangs ins 20. und 21. Jahrhundert auch andere Modelle der Staatswerdung denkbar werden müssen. Vor allem Jörg Baberowski hatte darauf hingewiesen, dass die osteuropäische, asiatische und amerikanische Geschichte nicht im Modus des „not yet“ geschrieben werden sollte. Lösungsansätze lieferte Jürgen Osterhammel bereits in der Key Note Lecture, indem er eine Erweiterung des analytischen Begriffsinstrumentariums vorschlug. Wolfgang Knöbl und Malte Rolf argumentierten in Richtung einer vorsichtigen Generalisierung zeitgenössischer Beschreibungsbegriffe, während Baberowski eine Öffnung des Gegenstandsbereichs für andere Phänomene unter Beibehaltung des modernisierungstheoretischen Problemhorizonts forderte.

Auch wenn das Kolloquium deutlich werden ließ, dass das Wechseln von Sehepunkten nicht zwangsläufig zum Revisionismus führen muss, erweiterte es doch das Spektrum an Ausnahmen, Sonderwegen und gemeinsamen Entwicklungen verschiedener Geschichten und analytischer Kategorien.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Bernd Engler (Rektor der Universität Tübingen)

Ewald Frie (Sprecher des SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“)

Key Note Lecture

Jürgen Osterhammel (Konstanz): Krieg – Revolution – Bürgerkrieg

Teil I „Um 1800“

Moderation: Sylvia Paletschek (Freiburg)

Ute Planert (Toronto): Krieg, Nation, Revolution: Entwicklungen im langen 19. Jahrhundert *entfiel*

Wolfgang Knöbl (Göttingen): Staatenbildung nach der Unabhängigkeit – ein US-amerikanischer Sonderweg?

Horst Carl (Gießen): Der ausgebliebene Befreiungskrieg, Gebremste Nationsbildung in Belgien und den Niederlanden 1780-1830

Stefan Rinke (Berlin): Der Preis der Freiheit: Revolution, Krieg und Nation in Lateinamerika im atlantischen Kontext, 1760-1830

Wolfgang Gabbert (Hannover): Zwischen Unabhängigkeitskampf, Caudillismus und *guerra de reforma* – Staats- und Nationsbildung in Mexiko, 1800-1861

Teil II „1890-1930“

Moderation: Friedrich Lenger (Gießen) und Cornelia Rauh (Hannover)

Malte Rolf (Bamberg): Die Revolution von 1905 und der Wandel der Nationsbilder im Russischen Reich

Marie-Janine Calic (München): Der Erste Weltkrieg und die Entstehung des jugoslawischen Staates

Christoph Jahr (Düsseldorf/Berlin): Irische Revolution und irische Unabhängigkeit

Stefan Plaggenborg (Bochum): Viel Krieg, aber keine Nation: die Entstehung der modernen Türkei

Jörg Baberowski (Berlin): Gewalt als Machttechnik. Revolution und Staatswerdung an der asiatischen Peripherie der Sowjetunion 1917-1941

Kommentar

Dieter Langewiesche (Tübingen)

Schlussdiskussion

Moderation: Ewald Frie (Tübingen)

Tagungsbericht *Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation. Kolloquium zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Dieter Langewiesche*. 14.02.2013–16.02.2013, Tübingen, in: H-Soz-Kult 03.04.2013.